



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Klaus Kirchmayr, Grüne: Stopp dem Spital-Wettrüsten auf Kosten der Steuer- und Prämienzahler

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: Bänziger, Beeler, Brenzikofer, Frommherz, Gosteli, Grossenbacher, Schoch, Stokar, Vollgraff und Werthmüller

Eingereicht am: 11. Dezember 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Seit 2012 gilt das neue Schweizerische Krankenversicherungsgesetz (KVG). Mit dem KVG erfolgt die Finanzierung der Spitäler im wesentlichen über Fallpauschalen, welche aktuell zu 45% von den Krankenkassen und zu 55% von den Kantonen getragen werden. Gleichzeitig soll zwischen den Spitälern ein möglichst grosser Wettbewerb spielen.

Das neue KVG hat tatsächlich zu mehr Wettbewerb geführt. Die Spitäler kämpfen intensiv um Patienten. Sie tun dies durch stark intensivierete Werbung, durch die Anwerbung von Ärzten mit guter Reputation und vor allem durch massive Investitionen in ihre Spitalbetriebe. Es ist ein eigentliches Wettrüsten ausgebrochen.

Für die staatlichen getragenen Spitalbetriebe in Basel-Stadt rechnet man in den nächsten 15 Jahren mit Investitionen von bis zu 1.8 Mrd. Franken. Auch das Kantonsspital Baselland denkt über Investitionen von 600-700 Mio Franken nach. Hinzu kommen Investitionsprojekte der grossen Privatspitäler (Claraspital 200 Mio; Bethesda 150 Mio; etc.). Zusammen ergibt dies geplante Investitionen von über 3 Milliarden Schweizer Franken.

Gegen Wettbewerb per se ist nichts einzuwenden, doch es steht stark zu befürchten, dass ein Grossteil dieser Investitionen dem Kampf um genau den gleichen lokalen Patienten dient. Zudem wird dieser "Wettbewerb" zu 55% direkt vom Staat finanziert und letztendlich zu 100% von den kantonalen Steuer- und Prämienzahlern bezahlt.

Es steht zu befürchten, dass der staatlich finanzierte Schönheits-/Investitions-Wettbewerb der Spitäler in der Gesamtsumme kaum etwas bringt, ausser zusätzlichem Druck auf die Staatsbeiträge und die Krankenkassenprämien. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Verschuldung der Spitalbetriebe stark ansteigen wird und beim Ausbleiben von mehr Patienten finanzielle Schwierigkeiten für einige Spitalbetriebe entstehen könnten.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung folgendes zu prüfen und zu berichten:

- 1. Welche Rolle sieht der Kanton für sich als Eigner und Hauptfinanzierer der staatlichen Spitäler um einen unproduktiven Investitions-Wettbewerb um den gleichen Kunden/Patienten in der Region zu vermeiden?**
- 2. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung um sicherzustellen, dass durch eine bessere Abstimmung der Investitionsvorhaben mit anderen Spital-Eignern der Region eine Stärkung des Gesundheits-Standortes Region Basel erreicht wird?**
- 3. Wie beurteilt die Regierung die Bilanzrisiken, welche die staatlichen Spitalbetriebe angesichts des "Zwangs" zum Investieren eingehen? Von welchen Parametern (z.B. Patientenwachstum) hängt der Erfolg der Investitionsprogramme ab? Welche Sicherungen bestehen, damit der Kanton keine "Rettungsaktion" einleiten muss?**